

50 Jahre dju - Wir sind "richtige" Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter geworden

Wir sind "richtige" Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter geworden

Von Hartmut Schergel

in: "Publizistik & Kunst", 4/91

Hartmut Schergel, Vorsitzender der Bundesfachgruppe Journalismus (dju/SWJV) in der IG Medien, zur aktuellen Situation der Journalistinnen und Journalisten und ihrer gewerkschaftlichen Organisation - Am 1. April 1951, vor 40 Jahren, trat die dju der IG Druck und Papier bei!

Ein pseudolinkes Gelaber schien die Teilnehmer ihrer Vernunft zu berauben; es wurde ein rauschendes Fest der verbalradikaler Selbstbefriedigung, in der man die Welt draußen, das Mögliche und Notwendige vergaß. Derartig entsetzt berichtet ein Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG Druck und Papier 1973 von der Delegierten-Konferenz der deutschen Journalisten Union (dju). Anträge und Entschließungen der Berufsgruppe werden danach für null und nichtig erklärt, so wie man sich in der Zukunft noch so manches Mal über den erklärten Willen der Berufsgruppe hinwegsetzen wird.

Der Ruf jedenfalls ist ruiniert, zumindest innerorganisatorisch und wenigstens für die Nächsten zwanzig Jahre. Journalistinnen und Journalisten - sind das nicht diejenigen, schnell mit Worten und einer großen Klappe, für die aber immer die anderen die Kastanien aus dem Feuer holen müssen, denen die Setzer und Drucker in Nordrhein-Westfalens Verlagen mit der Androhung eines Arbeitskampfes, jener berühmten Aktion "federblitz" im Jahre 1966 überhaupt erst die Tariffähigkeit erstreiten. Journalistinnen und Journalisten - erfinden sie nicht einen eigenen Namen für ihre Berufsgruppe (auch damit sie von der eigenen Organisation "ernster genommen werden") und halten zäh an ihm fest, fehlen ihnen nicht überhaupt das nötige Bewusstsein, während sie andererseits hohe Ansprüche an ihre Gewerkschaft stellen. "Bringt euch doch in die Organisation ein, wenn eure Anliegen mehrheitsfähig werden sollen", lautet einer jener legendären Standardsätze.

Trotzdem taten sie den richtigen Schritt, die Journalisten, die sich 1949 als Arbeitsgruppe dem DGB anschlossen und eben keiner Standesorganisation, und zwei Jahre später in die IG Druck und Papier übertraten. "Gewerkschaftliches Gedankengut in einen Berufsstand hineintragen, der sich diesen Gedanken nur schwer öffnet", das hielt einer der dju-Vorsitzenden, Heinz Kühn, später auch Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, 1959 noch für eine der wichtigsten Aufgaben der Berufsgruppe.

In vierzig Jahren ist die Zahl der dju-Mitglieder gewaltig angestiegen. Mittlerweile sind wir 15000: Fest, Freie, Fotografinnen und Fotografen in Agenturen, Pressebüros, Redaktionsgemeinschaften, Studios, bei Zeitungen und Zeitschriften in alten und neuen Bundesländern.

Allerdings ist das mit dem "Hineintragen gewerkschaftlichen Gedankenguts in unseren Berufsstand" immer noch so eine Sache, wie das jüngste Beispiel des Golfkriegs zeigt. Was haben unsere Appelle an die Medien bewirkt? Wer ist der Gewerkschaft gefolgt beim bedingungslosen "Nein" zum Krieg? Wo blieb der analysierende und differenzierende Journalismus der Kriegstreiberei angeprangert, Verantwortliche entlarvt, Ursachen und Hintergründe berichtet und statt den Tätern den Opfern zugewendet hätte?

Die Rolle des Journalismus ist seit jeher ein klassisches Thema für unsere Gewerkschaft und ganz aktuell für unsere Fachgruppe. Immerhin gehören jetzt über 2000 Kolleginnen und Kollegen aus der ehemaligen DDR zu uns. Ihre Erfahrungen und ihre Lehren müssen wir einbeziehen. "DDR-Journalisten haben am Bild eines Schein-Sozialismus mitgemalt - mehr oder weniger freiwillig, mehr oder weniger gezwungen. Journalisten wurden durch die Verherrlichung der stalinistisch geprägten Politik mitschuldig an den Deformierungen der Gesellschaft", das erklärte der Verband der Journalisten der DDR (VDJ) bei seinem außerordentlichen Kongress im Februar 1990 und die Mitglieder versicherten feierlich: "Wir sind einzig dem Volk verpflichtet. Nie wieder Lüge, Halbwahrheiten, Schönfärberei, Ignoranz." Den VDJ gibt's nicht mehr, die Verleger im Osten sind die aus dem Westen. Was wird jetzt aus der Verpflichtung?

In unserer Gewerkschaft haben sich die Bedingungen für unsere Arbeit in den letzten beiden Jahren entscheidend verändert, zum einen durch die Gründung der IG Medien und zum anderen durch den erfolgreichen Arbeitskampf im Frühjahr 1990. Aus der dju wurde die Fachgruppe Journalismus (dju/SWJU). Kraft einer neuen Satzung sind Journalistinnen und Journalisten nun in allen Gremien vertreten, und wenn heute von "Exoten" oder "Chaoten" die Rede ist, so meint man uns plötzlich nicht mehr. Die Rolle haben wir abgetreten. "Paradiesvögel" sind jetzt andere.

Wir sind "richtige Gewerkschafter" geworden, haben "Tarifgeschichte geschrieben" und neues Zutrauen in unsere Stärke gewonnen. Durch den sechswöchigen Streik, mit dem sich Journalistinnen und Journalisten die 35-Stunden-Woche erkämpften und einen Ausbildungstarifvertrag, den die Verleger jahrzehntelang verweigert haben. Allein wäre das sicher so nicht zu schaffen gewesen, aber die Solidarität der Kolleginnen und Kollegen aus Technik und Verlag hat uns diesmal in neue, alter Weise bestätigt, dass wir gemeinsam stark sind.

Der Erfolg hing freilich auch damit zusammen, dass alles gut passte, dass für unterschiedliche Tarifbereiche gleiche Forderungen (Arbeitszeitverkürzung, Fort- und Weiterbildung) galten, dass die Verhandlungen zeitgleich liefen und gemeinsam gestreikt wurde. All das hatte die dju bis dahin jahrelang immer wieder vergeblich gefordert. Journalistinnen und Journalisten haben jedenfalls dazu beigetragen, dass die IG Medien ihre erste Bewährungsprobe bestanden hat.

Für einen Moment lang sah es im Frühjahr 1990 sogar so aus, als wären nun auch die personellen Probleme der Fachgruppe zu lösen, so viel Initiative, so viel Engagement und Kreativität kam aus den Betrieben. Doch nach Abschluss der Tarifrunde war alles wie zuvor. Die Zahl der Mitglieder steigt, die Zahl derer aber nimmt ab, die mitarbeiten wollen, die sich zu einer ehrenamtlichen Tätigkeit bereit finden, die sich in eine Funktion im Ortsverein, im Bezirk oder Landesbezirk wählen lassen. Das trifft aber nicht nur auf unsere Fachgruppe zu, das ist ein allgemeiner Trend, die Gewerkschaft als eine Art Versicherungsverein. Man bezahlt den Betrag und erwartet die entsprechende Leistungen.

Für die sorgen dann in erster Linie die hauptamtlichen Funktionäre. Wozu bezahlen wir sie denn schließlich auch? Und weil das eben so ist, dass Hauptamtliche den Großteil der Arbeit machen - die Personalkosten der IG Medien belaufen sich schon auf 49 Prozent der Ausgaben - wissen sie natürlich immer auch, was gut ist für die Organisation und was am besten ist für die Mitglieder. Fehlt wirklich einmal das Geld (wann eigentlich nicht?), wird in dieser Logik bei den Fachgruppen gespart, muss eben ehrenamtliche Tätigkeit eingeschränkt werden.

Spätestens hier beißt sich die Katze in den Schwanz. Die fatalen Folgen werden manchmal schnell sichtbar. In den neuen Bundesländern sind viele Journalistinnen und Journalisten der Konkurrenz in die Arme gefallen, weil die einfach zur Stelle war, während sich unsere Beauftragten mit Problemen der Fachgruppe 4 nicht auch noch befassen konnten oder nicht befassen wollten. So ist es vorgekommen, dass die Gründung einer Fachgruppe nicht nur nicht unterstützt, sondern sogar verhindert wurde.

In einem Gaubericht von 1960 aus Bayern wurde Folgendes fest gehalten: "Der Beitritt zur Berufsgruppe wird von einigen Verlegern (CSU) als Verstoß gegen Einstellungsbedingungen ausgelegt, was zur Auflösung des Anstellungsverhältnisses führen müsste." Dreißig Jahre später warnen Verleger in Thüringen und Sachsen davor, der IG Medien beizutreten, nachdem sie die neuen Bundesländer in ihre publizistische Gewalt gebracht haben. Da ist es wieder einmal dringend geboten, in der Öffentlichkeit deutlich zu machen, dass Träger der vom Grundgesetz garantierten Pressefreiheit auch die Journalistinnen und Journalisten sind.

Ein Zeichen kommt aus Niedersachsen. Dort will die Regierungskoalition aus SPD und Grünen Redakteursstatute gesetzlich verankern, um damit einen Beitrag zu leisten zur inneren Demokratisierung der Medien und zur Sicherheit der Informations- und Meinungsvielfalt. Unsere zukünftige Tarifpolitik muss das aufnehmen. In einem Thesenpapier "für eine emanzipatorische Tarifpolitik im Journalismus", das nach einer Tarifkonferenz unserer Fachgruppe entstand, heißt es: "Die ökonomischen, ökologischen und sozialen Probleme unserer Zeit verlangen geradezu nach einem hintergründigen, kritischen Journalismus. "Das Bewusstsein dafür ist bei vielen Journalistinnen und Journalisten gewachsen, das hat nicht zuletzt der Streik bewiesen. Hieran müssen wir anknüpfen, daran muss sich künftige Tarifpolitik orientieren. Stichworte sind Berufssouveränität, emanzipatorische Arbeitszeiten, Frauengleichstellung, neue Technik, betrieblicher Umwelt- und Gesundheitsschutz.

Unser Erfolg wird nicht zuletzt davon abhängen, wie wir daraus auch fachgruppenübergreifende Forderungen ableiten können nach der Erkenntnis, die Walter Jens beim Gründungskongress in Hamburg formuliert hat: "Die Devise hat zu lauten, Mitbestimmung der lebendigen Arbeit, Mitbestimmung der Drucker, der Künstler, der Journalisten an der Produktion, ihrer Struktur und ihrer Verteilung, Mitbestimmung jener einzelnen, die nur dann, als unverwechselbare Individuen, sie selbst sein können, wenn sie sich solidarisch verhalten."

Bisher allerdings hat sich der "bunte Haufen", die IG Medien, noch nicht zur vollen Größe emporschwingen können, obwohl ihre Attraktivität unter Journalistinnen und Journalisten zunimmt. Der Anspruch aber auf "mehr Mündigkeit, mehr Vielgestaltigkeit, mehr Buntheit, freilich auch mehr Ärgernis - warum denn nicht?" (Detlef Hensche) muss erst noch eingelöst werden.